

Schneller in die Sonderschule

Kein Kanton schickt mehr Kinder in Sonderklassen als Baselland. Künftig soll das noch einfacher gehen.

Maria-Elisa Schrade

Die integrative Schule gibt immer wieder zu reden. Auch in Baselland. Während Basel-Stadt unter Druck der sogenannten Förderklassen-Initiative wieder mehr Parallelbeschulung förderbedürftiger Kinder zulassen will, strebt auch Baselland Richtung mehr Separation. Mit einem entscheidenden Unterschied: In Baselland wurden Kleinklassen nie abgeschafft. In Basel-Stadt fordern die Initiantinnen und Initianten, dass diese wieder eingeführt werden.

Auch sonst liegen bei der Sonderbeschulung zwischen den beiden Kantonen Welten: In Basel-Stadt werden gemäss aktuellem, schweizweitem Bildungsbericht auf der Primarstufe lediglich zwei Prozent aller Kinder nicht in die Regelschule integriert. In Baselland besuchten im Schuljahr 2020/2021 hingegen ganze sieben Prozent aller Primarschülerinnen und -schüler eine sogenannte Sonderklasse oder Sonderschule. Damit ist Baselland schweizweit der Kanton mit der höchsten Separationsquote. Tendenz steigend.

Unkomplizierter in sonderschulisches Setting

Den Baselbieter Landrätinnen und Landräten ist das allerdings nicht genug. In einem Vorstoss verlangt die SP-Präsidentin Miriam Locher, dass die «separative Beschulung» den «heutigen Bedürfnissen angepasst» wird und meint damit nichts anderes als die Möglichkeit, verhaltensauffällige Kinder schneller und unkomplizierter aus der Regelklasse nehmen und in ein «sonderschulisches Setting» versetzen zu können.

«Die aktuelle Situation ist sehr herausfordernd für die Kinder, ihre Familien und die Lehrpersonen», sagt Locher am Donnerstag in der Landratssitzung. Dass alle Massnahmen an der Regel-



Verhaltensauffällige Kinder sollen früher in Sonderklassen gehen können.

Symbolbild: Christian Beutler

schule ausgeschöpft werden müssten, bis das Kind separativ beschult werden könne, sei stossend. Locher, die in einem Kindergarten in Aesch unterrichtet, ist ausserdem überzeugt, das lange Ausprobieren verschiedener Massnahmen an den Regelschulen könne einen «nachhaltigen Schaden» in der

Schullaufbahn von Kindern mit Förderbedarf verursachen.

Erläutert wird diese Einschätzung allerdings nicht. Dagegen sprechen erziehungswissenschaftliche Studien, die den Verbleib in der Regelklasse als die wichtigste Fördermassnahme für verhaltensauffällige Kinder einstufen. «Wir stellen uns

nicht gegen eine Integration, aber gegen eine Integration um jeden Preis», betont die SP-Präsidentin. Aber: «Es braucht einen Notausgang.»

Baselland «sträubt sich nicht zu separieren»

«Der Zustand, den wir haben, ist nicht mehr haltbar», findet

«Wir stellen uns nicht gegen eine Integration, aber gegen eine Integration um jeden Preis.»

Miriam Locher
SP-Präsidentin

auch Anita Biedert (SVP). Sie nutzt die Gelegenheit, um die integrative Schule an sich infrage zu stellen: Die Wirkung der Integration müsse seriös abgeklärt werden. Separation ist für die SVP-Landrätin kein Rückschritt. Vielmehr müsse auf die neuen gesellschaftlichen Probleme auch mit neuen Massnahmen angemessen reagiert werden.

Bildungsdirektorin Monica Gschwind (FDP) weist darauf hin, dass sie sich längst mit der Problematik des zunehmenden sonderpädagogischen Förderbedarfs auseinandersetze. So habe die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD) ein Projekt für den «Umgang mit schweren Verhaltensauffälligkeiten» angestossen, um unter anderem die Bedarfsermittlung und Ressourcenverteilung zu standardisieren und Lehrpersonen mehr Handlungsspielraum zu geben.

«Seit 2018 steigt die Separationsquote in Baselland, während sie in der restlichen Schweiz stabil bleibt», betont Monica Gschwind. «Wir sträuben uns also nicht zu separieren.» Von links bis rechts sind damit alle Fraktionen im Landrat zufrieden. Der Vorstoss wurde einstimmig überwiesen.